

Seiten“, „in den VW-Vorstand ...“ (Januar 2018). Es wird glatt unterstellt, die Gewerkschaft habe einen Betriebsrat zum Wechsel in einen Betriebsvorstand ermutigt. Ob oder aus welchem Grund der Betriebsrat überhaupt wechselte, ist an dieser Stelle von der hIz nicht recherchiert worden. Die Skandal-Konstruktion erfüllt für „compact“ allerdings einen Zweck, der sich in der rhetorischen Frage ausdrückt: „Kann aus dem patriotischen Widerstand gegen die Systemgewerkschaften eine Bewegung werden?“

Elsässer schrieb im Oktober 2017: „Warum sind dann Sozials und Gewerkschaften so krieche- risch islamophil?“ Er jammert: „... seitdem der Killervirus der 68er Ideologie die vaterländischen Traditionen der Linken vernichtet hat ...“ „Vor allem in der Automobilbranche gärt es, hier fährt das grünversifftes Establishment über die Diesel-Lüge

einen zusätzlichen Frontalangriff, eine Million Jobs sind bedroht.“

Und im September 2017 pöbelte er „gegen die grünversifftes IG Metall.“ Elsässer war früher



... und diesen Sticker auch nicht, Herr Wolf!

selber in einer Stuttgarter K-Gruppe tätig, deren Mitglieder sich am Anti-Atom-Kampf beteiligten. Er hat offenbar von Horst Mahler gelernt, dessen 'politische Karriere' ist wohl wegweisend.

## Fazit

Alle untersuchten Medien nutzen ihre Internet-Präsenz, um gewerkschaftliche Positionen zu bekämpfen. Die abgefragten Stichworte offenbarten Textstellen, die antik-gewerkschaftliche Forderungen und Aktivitäten widerspiegeln. Die „Junge Freiheit“ versucht, die Gewerkschaften zu schwächen, indem sie deren angebliche linksradikale Unterwanderung anklagt. Sie versteht sich hauptsächlich als Kampfmaschine für die AfD. „Eigentümlich frei“ und „compact“ sind hauptsächlich daran interessiert, antigewerkschaftliche Formationen zu unterstützen und deren Wirkungskreis zu vergrößern. Alle genannten Organisationen und Medien sind gewerkschaftsfeindlich, gewerkschaftsschädigend, spalterisch und setzen sich nicht für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein.

WOLFGANG SVENSSON  
hIz-Redaktion

## RECHSTRADIKALE

# Braun, das wie blau aussieht

## Die Junge Alternative als Verdachtsfall

Im Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) vom Januar 2019 werden die Junge Alternative (JA) und der sogenannte Flügel der Alternative für Deutschland (AfD) zum „Verdachtsfall“ erhoben. Es liegen – so das BfV – hinreichend gewichtige Anhaltspunkte dafür vor, dass es sich um extremistische Bestrebungen handelt. Die Einstufung als Verdachtsfall ermöglicht nach den Regelungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln wie V-Leuten etc.

Seit 2013 gibt es die JA. Nach eigenen Angaben hat sie knapp zweitausend Mitglieder bundesweit, wobei diese Zahl seit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz stark sinkt. Laut Bundessatzung der AfD (§ 17) dient die JA „als Innovationsmotor der AfD und hat das Ziel, das Gedankengut der Partei in ihrem Wirkungskreis zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der Jugend innerhalb der AfD zu vertreten.“ Wenn die JA das gleiche Gedankengut wie die Mutterpartei darstellen soll, was heißt das dann umgekehrt für die

Gesamtorganisation? Sind die Vorstellungen der JA zum „Bevölkerungsaustausch“, zur Bevorzugung von „ethnisch deutschen“ Familien, zur „Festung Europa“, zu Massenabschiebungen, zur Verunglimpfung des Islam, zur Herabsetzung und Verhöhnung des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime identisch mit denen der Mutterpartei oder werden sogar von dieser eingefordert?

Nach der offiziellen Einstufung des Verfassungsschutzes als „Verdachtsfall“ versucht der Hamburger Landesverband der AfD, sich von seiner regulären Jugendorganisation – ähnlich wie andere Landesverbände –

Hinweis: Die Farben des JA-Emblems entsprechen denen des AfD-Emblems – also: blau (mit rot)

förmlich zu distanzieren. Die bisherigen Landesvorsitzenden der JA Hamburg, Krzysztof Walczak und Marco Schulz, zugleich Funktionäre in der Hamburger AfD, sprechen sich gegen die Erkenntnisse aus dem Gutachten des BfV aus. Sie hätten doch immer einen „klugen und disziplinierten Kurs“ gefahren. Diese „Argumente, die der Verfassungsschutz gegen die JA ins Feld führt, (sind) absurd und unhaltbar.“ Sachlich können sie den BfV aber nicht widerlegen. Sie gehen bspw. nicht darauf ein, ob es eine inhaltliche Übereinstimmung oder eine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen wie denjenigen der sogenannten Identitären Bewegung gibt. Obwohl angeblich in ihrem Landesverband alles in Ordnung ist, erklärten die Hamburger JA-Vorsitzenden Anfang Februar 2019 ihren Austritt aus der eigenen Organisation, deren Vorsitzende sie doch zuvor noch waren und deren Ziele sie vertreten haben. Sie hätten sich – so heißt es jetzt – mit ihren Vorstellungen in den eigenen Reihen nicht durchsetzen können. Dabei fällt erneut auf, dass sie sich nicht eindeutig von rechtsextremen Positionen und ihren Protagonisten abgrenzen. Damit liefern sie – ob sie das nun selber so sehen wollen oder nicht – zugleich ein weiteres Argument für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Walczak und Scholz handeln eher so, wie es der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Niedersächsischen Landtag, Klaus Wichmann, in einem Strategiepapier angesichts der Beobachtung der JA durch den niedersächsischen Verfassungsschutz vorgeschlagen hat. Dessen Papier soll AfD-Mitgliedern vermitteln, was und wie auf Grundlage der Verfassung erlaubt ist zu sagen, wie in sozialen Netzwerken zu kommunizieren ist bzw. nicht, damit der Verfassungsschutz die Partei nicht unter Beobachtung stellt. Der NDR hat diese Aus-

führungen veröffentlicht ([https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg\\_ostfriesland/Die-AfD-Strategie-gegen-den-Verfassungsschutz,afd1850.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Die-AfD-Strategie-gegen-den-Verfassungsschutz,afd1850.html)). Für das in dieser Frage koordinierte Vorgehen mit der Mutterpartei, sich als angeblich verfassungskonform darzustellen, bedanken Walczak und Scholz sich besonders bei dem Landes- und dem Fraktionsvorsitzenden. „Danken möchte ich dem AfD-Landesvorsitzenden Dirk Nockemann und dem AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Wolf. Beide haben den Hamburger JA-Landesvorstand unter großem persönlichem Einsatz bei dem Versuch unterstützt, einen sauberen Schnitt hinzubekommen.“ Dieser behauptete Schnitt sollte beim Landesparteitag der AfD im Bürgersaal Wandsbek am 24.3.19 umgesetzt werden, wenn schon nicht inhaltlich, dann zumindest satzungsrechtlich. Bereits beim Bundeskongress der JA in Magdeburg Mitte Februar stimmten die dortigen Delegierten für eine Satzungsänderung, um leichter missliebige Mitglieder ausschließen zu können. Inhaltlich veränderte sich nichts. Die ZEIT vom 19.2.2019: „Die Junge Alternative hat auf ihrem Bundeskongress ihr Programm in Teilen entschärft. Doch eine Analyse zeigt: Ihr Kern-Problem hat die AfD-Jugend nicht gelöst.“ Wie beim JA-Bundeskongress in Magdeburg wollte man es auch in Hamburg machen. Es wurde die Satzung so geändert, dass nunmehr der Landesvorstand die bestehende JA auflösen kann, obwohl Landeschef Nockemann zum wiederholten Male betonte, in Hamburg habe es keine rechtsextremistischen Tendenzen in der JA gegeben. Trotzdem wurde nun der AfD-Vorstand ermächtigt, über eine mögliche neue Jugendorganisation zu entscheiden. Ein durchsichtiges, taktisches Vorgehen. Die Hamburger AfD will sich gerade

nach dem Rücktritt ihres ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Jörn Kruse als „Rechtsstaatspartei“ darstellen, wobei offensichtlich die Betonung auf der ersten Silbe liegt. Kruse hatte seinen Austritt aus der AfD mit deren Rechtentwicklung begründet. „Wir teilen seine Aussagen über einen angeblichen ‚Rechtsruck‘ der AfD in keiner Weise. (...) Es gibt – entgegen anderslautender Presseberichte und offenkundig interessegeleiteten Behauptungen von Politikern der Altparteien – keinen ‚Schulterschluss mit Rechtsaußen‘,“ so lassen sich Nockemann und Wolf im NDR zitieren. In der Öffentlichkeit soll der Eindruck erweckt werden, man habe alles im Griff, man sage sich von Rechtsradikalen los. Nockemann auf dem Hamburger Parteitag: Dieses sei „kein Einknicken vor irgendjemanden, vor dem Verfassungsschutz oder unseren politischen Konkurrenten“.

Der JA laufen die Mitglieder weg, die als Angehörige des öffentlichen Dienstes Nachteile in ihrer persönlichen Karriere befürchten, so der Ex-Vorsitzende der JA Schulz: „Unsere Mitgliederstruktur in Hamburg war schon immer von Beamten, Soldaten und Angestellten geprägt, die aufgrund der bundesweiten Erhebung der Jungen Alternative zum Verdachtsfall um ihre berufliche Existenz fürchten.“

Mit zahlreichen Anfragen in der Hamburger Bürgerschaft versucht die AfD, vom Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit auch und gerade ihrer Jugendorganisation abzulenken, indem sie andere als mögliche Verfassungsfeinde darstellt wie bspw. den AStA der Uni Hamburg, die DGB-Jugend und die GEW als Organisatoren und Unterstützer des Kongresses „Emanzipatorische Perspektiven unter Druck von Rechts“ (12.-14. April 2019 an der Uni Hamburg). Aus der Kleinen Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der AfD, Alexander

Wolf (Drucksache 21/16575 vom 19.3.19): „Die GEW unterstützt den Kongress nach Angaben des AStA ‚inhaltlich und finanziell‘ und sendet mit Fredrik Dehnert am 12. April einen hochrangigen Funktionär (stellvertretender Vorsitzender) zu dem Kongress. Ebenfalls bewirbt die GEW Hamburg die Veranstaltung auf ihrer Internetseite, in ihrem Newsletter und auf ihrer Facebook-Seite unter Verlinkung auf den Veranstaltungsflyer, auf dem das Logo der GEW direkt neben dem Logo der Interventionistischen Linken prangt. Betrachtet das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg – auch unabhängig von diesem konkreten Vorgang um die GEW – eine solche organisatorische, personelle und ideologische Verflechtung als einen Anhaltspunkt für eine Bestrebung, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gemäß § 4 Hamburgisches Verfassungsschutzgesetzes (HmbVerfSchG) richtet?“ Der Kongress befasste sich vor allem mit der AfD in verschiedenen Politikfeldern.

Mit der Denunziationsplattform und Anfragen in der Bürgerschaft will die AfD ihre Kritiker mundtot machen. Der AfD-Landesvorsitzende Nockemann beschreibt die gewählte Taktik: „Ich kann dem Bundesamt für Verfassungsschutz nur Folgendes empfehlen: wenden Sie sich in Ihren Aktivitäten zukünftig von der AfD ab und wenden Sie sich vielmehr den Linksextremisten zu, den Dschihadisten, den Salafisten und denjenigen aus der SPD, die sich mit der sogenannten Antifa im Kampf gegen die AfD verbündet haben.“ Hintergrund seiner Aussage ist der Beschluss des Verwaltungsgerichtes Köln vom 26. Februar 2019, das dem Bundesamt für Verfassungsschutz untersagt, die Partei Alternative für Deutschland (AfD) als „Prüffall“ zu bezeichnen. Der Fraktionsvorsitzende der AfD,

Alexander Wolf, versucht, seinem Landesvorsitzenden zu assistieren: „Die Prangerwirkung des Verfassungsschutzes verurteilt vom Gericht! (...) Der Versuch der Altparteien, die AfD in eine Ecke zu stellen, ist gescheitert.“ Der Jurist Wolf hat die Pressemitteilung des Verwaltungsgerichtes Köln zum Az 13 L 202/19 offensichtlich nicht gelesen. „Gegenstand des Verfahrens war dabei allein die Frage, ob eine Rechtsgrundlage für das Vorgehen des Bundesamtes besteht; die inhaltliche Bewertung der Positionen der AfD war nicht verfahrensrelevant. (...) Maßgeblich für die Entscheidung der Kammer war insbesondere, dass das Bundesverfassungsschutzgesetz für die Mitteilung, eine Partei werde als „Prüffall“ bearbeitet, keine Rechtsgrundlage enthalte.“ Das Verwaltungsgericht Köln erwähnt in seiner Entscheidung die Einstufung der Jungen Alternative und der Teilorganisation „Der Flügel“ als sogenannte Verdachtsfälle. Hierzu äußern sich Nockemann und Wolf bewusst nicht. Sie betonten auf dem Landesparteitag, dass es in Hamburg keine rechts-extremistischen Bestrebungen in der JA gegeben hätte. Sie befürworteten einen Vorratsbeschluss zur möglichen Auflösung der JA. Sie versuchen permanent in der Öffentlichkeit - wie Eltern der Ida-Ehre-Schule nach dem Wirbel um Anti-AfD-Aufkleber in der Schule ihrer Kinder formulieren – „den politischen Diskurs gesamtgesellschaftlich zu verschieben und die eigenen Positionen zu normalisieren, das gesellschaftskritische Engagement an Schulen ... zu behindern ... sowie strukturiert Daten politischer Gegner innen zu sammeln, letztere einzuschüchtern...“ Wenn bei der Frage der Verfassungsfeindlichkeit über andere geredet wird, müssen – so das Kalkül - die Verantwortlichen der AfD in Hamburg, der Landesvorsitzende Nockemann

und der Fraktionsvorsitzende Wolf, keine Stellung zur Verfassungsfeindlichkeit der JA und anderer Gliederungen der Partei beziehen. Auch zum zweiten Verdachtsfall des Bundesamtes für den Verfassungsschutz, den „Flügel“, kommt kein Kommentar von Nockemann und Wolf, obwohl der „Flügel“ mit dem „Kyffhäuser-Manifest“ und der „Erfurter Resolution“ sich auch in Hamburg für eine Öffnung nach Rechtsaußen ausspricht. „Wir zeigen zu oft jenen vorseilenden Gehorsam, der die Verhältnisse, gegen die wir angetreten sind, nicht verändert, sondern zementiert.“ Der „Flügel“ versteht die AfD als „Bewegung unseres Volkes gegen Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit)“ und als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands.“ Der Hamburger „Flügel“ sieht sich als „eine Gruppe von besorgten Bürgern, denen die Missstände in der Politik immer bewusster werden und die etwas dagegen unternehmen wollen.“ Sie stellen sich bewusst gegen political correctness: „Die politische Korrektheit liegt wie Mehltau auf unserem Land. Die AfD ist der Garant für die freie Rede und die schonungslose, ehrliche Analyse der Lage.“ Der Hamburger Parteitag wählte just die führende Vertreterin des „Flügels“, Nicole Jordan, zur Spitzenkandidatin im Bezirk Hamburg-Mitte. Für sie – so der NDR am 24.3.19 – sei klar, dass die Migration die „Mutter aller Probleme“ sei und es keine Wohnungsknappheit gäbe, wenn alle abgelehnten Asylbewerber abgeschoben würden. Im Oktober letzten Jahres hatte besagte Nicole Jordan den damaligen Vorsitzenden der AfD in Sachsen-Anhalt und Gründer des „Flügels“, André Poggenburg, offiziell nach Hamburg eingeladen.

Die MOPO am 19.10.18: „Brauner als seine Krawatte ist nur seine Gesinnung.“ Poggenburg forderte auf dem Treffen, das in Jordans Haus in Wilhelmsburg stattfand, einen „Rechtsruck“ der Gesellschaft und kritisierte die Förderung linker Vereine und Projekte mit Steuermitteln. Fraktionschef Wolf erklärte im NDR zum Auftritt des Rechtsaußen Poggenburg windelweich: „Wenn Persönlichkeiten einen gewissen Namen haben, dann ist es durchaus sinnvoll im Sinne der Außenwirkung, die das Ganze möglicherweise für die Gesamtpartei hat, das auch mit

den Gremien wie Landesvorstand abzustimmen,“ was Nicole Jordan offensichtlich nicht getan hatte. Mit diesem Statement wollte Wolf in der Öffentlichkeit eine anscheinend kritische Haltung zum AfD-Hardliner Poggenburg vermitteln. Poggenburg ist nach rassistischen Äußerungen aus der AfD ausgetreten. Er gründete eine neue Partei, um weiter „Klartext“ reden zu können. Der „Flügel“, dessen Spitzenmann er lange war, arbeitet auch in Hamburg weiter. Nicole Jordan wird Aushängeschild der AfD in Hamburg-Mitte. Sie redet auch „Klartext“. Die von

Poggenburg eingeforderte Offensive gegen linke Vereine und Projekte übernimmt Alexander Wolf als Fraktionschef in der Hamburger Bürgerschaft selbst. Seine tatsächliche Einstellung und seine fehlende Abgrenzung zu Verfassungsfeinden in der eigenen Partei vernebelt er, wobei er provokativ ihm widersprechende Begriffe für sich zu vereinnahmen versucht – so zuletzt in der Aktuellen Stunde der Bürgerschaft am 27.3.2019 zum „Petz- und Denunziationsportal“: „Antifaschistisch sind wir alle.“ Nein. Er nicht.

STEFAN ROMEY

ANZEIGE

## Profitieren Sie von unserer Leistungsstärke

Debeka – Der Versicherer für Beamte und Angestellte im Öffentlichen Dienst



Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.



[www.debeka.de/socialmedia](http://www.debeka.de/socialmedia)

Landesgeschäftsstelle Hamburg  
Holzdamm 42  
20099 Hamburg  
Telefon (0 40) 24 82 18 - 0